

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung zum Ergebnis der NATO-Konferenz am 9./10 Juni 1983

Auf dem Hintergrund der ständigen Weiterentwicklung von konventionellen und nuklearen Waffen findet in den NATO-Ländern derzeit eine intensive Diskussion über alternative Sicherheitskonzepte statt.

Die Bundesrepublik Deutschland bedarf eines sicherheitspolitischen Konzepts, das im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses den Anforderungen der Friedenssicherung auch unter veränderten Bedingungen entspricht.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag hält es angesichts des Standes der Diskussion für erforderlich, daß die Bundesregierung ihr sicherheitspolitisches Konzept unter Berücksichtigung alternativer Vorschläge darlegt und im Deutschen Bundestag zur Diskussion stellt.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, zur Vorbereitung einer Plenardiskussion zunächst im Auswärtigen Ausschuß und im Verteidigungsausschuß darzulegen:

1. Das derzeitige NATO-Konzept der flexiblen Antwort: Voraussetzungen und Situation des Bündnisses (Personal, Material, Doktrin, Streitkräfte-Struktur, nukleare und konventionelle Elemente, politische Akzeptanz).
2. Möglichkeiten und Zielvorstellungen für eine Änderung der nuklearen Bewaffnung in Europa (Doktrin und Zusammensetzung bzw. Art der Nuklearwaffen) sowie rüstungskontrollpolitische Bedingungen und Erfordernisse.
3. Möglichkeiten und Zielvorstellungen für eine Änderung der konventionellen Bewaffnung; Stand und Entwicklung der Waffensysteme für die Teilstreitkräfte bzw. ihre Aufgaben; alternative Waffensysteme und Doktrinen sowie die politischen, finanziellen, personellen und rüstungskontrollpolitischen Voraussetzungen.

Bonn, den 15. Juni 1983

Dr. Vogel und Fraktion

